

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1999



Einzelplan 03 - Bereich Inneres

- Drucksachen 12/3300, 12/3400 und 12/3550 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Innere Verwaltung

Berichterstatter Abgeordneter Jürgen Jentsch SPD

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 03 - Bereich Inneres - wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuss für Innere Verwaltung hat den Entwurf des Einzelplans 03 - Bereich Inneres - in den Sitzungen am 29. Oktober, am 12. und 26. November sowie am 01. Dezember 1998 beraten und hierüber sowie über die von den Fraktionen eingebrachten Änderungsanträge am 01. Dezember 1998 abgestimmt. Als Beratungsunterlagen dienten dem Ausschuss neben den o.g. Drucksachen die

- Vorlage 12/2320: Erläuterungen des Innenministeriums zur künftigen Ausstattung der Polizeifliegerstaffel des Landes NRW,
- Vorlage 12/2334: des Petitionsausschusses,
- Zuschrift 12/2108: Schreiben der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen,
- Zuschrift 12/2154: Schreiben des Deutschen Beamtenbundes, Landesbund Nordrhein-Westfalen,
- Zuschrift 12/2178: Schreiben der Deutschen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, Landesverband Nordrhein-Westfalen,
- Zuschrift 12/2200: Schreiben der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.,
- Zuschrift 12/2278: Schreiben des internationalen Vereins für Menschenrechte der Kurden - IMK e.V.,
- Zuschrift 12/2279
und 12/2447: Schreiben des Bielefelder Flüchtlingsrats,
- Zuschrift 12/2321
und 12/2491: Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen,
- Zuschrift 12/2331: Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW und Schwules Netzwerk NRW e.V.,
- Zuschrift 12/2332: Schreiben des Psychosozialen Zentrums für ausländische Flüchtlinge,
- Zuschrift 12/2344: Schreiben des Allerweltshaus e.V.,
- Zuschrift 12/2476: Schreiben des Caritasverbands Geldern- Kvelaer e.V. und
- Zuschrift 12/2522: Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen.

Der erste Beratungsdurchgang zu Einzelplan 03 - Bereich Inneres - fand am 12. November 1998 statt. Dabei nutzte insbesondere die Oppositionsfraktion die Gelegenheit zu Einzelfragen, die vor allem folgende Bereiche betrafen:

- die rückläufige Finanzierung der Flüchtlingsbetreuung an den zentralen Standorten,
- die zu erwartenden Veränderungen im Bereich Inneres durch die zweite Ergänzungsvorlage zum Haushalt 99,
- finanzielle Auswirkungen des vorläufigen Innehaltens im Zusammenlegungsprozess der Ministerien Inneres und Justiz,
- die rückläufigen Zahlen der Auszubildenden und Anwärter,
- die Finanzierung der Verwaltungsreform ,
- die Mittelzuweisung durch die zweite Ergänzungsvorlage für das neue Konzept einer Fliegerstaffel Polizei sowie
- den Neubau PP Köln, Ausstattung der Budgetbehörden bei der Polizei und der Ausbildungsinstitute der Polizei.

Der Minister für Inneres und Justiz erklärte zur Zusammenlegung der beiden Ressorts, für das Handeln der Landesregierung sei die Erklärung des Ministerpräsidenten maßgebend. Die fiskalischen Rahmenbedingungen seien Angelegenheit des Landtags.

Zum Inhalt der zweiten Ergänzung zum Haushaltsentwurf könne er selbst nichts sagen, da der Finanzminister diesen erst in fünf Tagen vorlegen werde. Er gehe aber davon aus, dass die Pauschalen für die Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder, Betreuer und Pfleger im Bereich Justiz höher ausfallen würden. Abgesprochen sei darüber hinaus mit dem Finanzminister, im Bereich Inneres durch die Ergänzungsvorlage das neue Konzept für die Fliegerstaffel der Polizei (Dreh- und Gleitflügler) finanziell zu sichern. Hier ging der Minister auf die Bedenken eines CDU-Sprechers und dessen Hinweis auf die im vorliegenden Entwurf vorgesehene Mittelsparung ein.

Im übrigen erklärte das Ministerium bezüglich der Kürzung der Gelder für die zentralen Ausländerbehörden, dass diese im Zusammenhang mit der Aufgabe des Standortes Münster zu sehen sei. Die vorgesehenen Mittel reichten aus, um die Standorte zu sichern, zumal sich jetzt die Arbeit (z.B. durch zentralisierte Transporte) effektiver gestalten lässt.

Die Fraktion der CDU hielt dem entgegen, für die Kommunen sei dies nicht akzeptabel. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel hätten vor Ort zur Entspannung geführt, wo jetzt mit erheblichen Problemen zu rechnen sei. Die Landesregierung solle sich Gedanken über die Konsequenzen der Kürzung machen und, so fügte ein Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinzu, auch die Lage der betroffenen Flüchtlinge bedenken.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion wiederholte seine Ankündigung aus der vorigen Sitzung, wonach sich seine Fraktion für eine Wiederherstellung des früheren Mittelansatzes zur Förderung der sozialen Betreuung und Beratung von Flüchtlingen einsetzen will, da auch hier massiv gekürzt wurde. Er wies u. a. darauf hin, dass die Freien Wohlfahrtsverbände - als die für diese Arbeit Verantwortlichen - Verträge mit Betreuern abgeschlossen hätten, die nicht sofort kündbar sind.

Der Sprecher der CDU-Fraktion kritisierte weiterhin die rückläufigen Zahlen der Auszubildenden und Anwärter. Der Minister verwies auf die Notwendigkeit, in den kommenden Jahren viele Planstellen und Stellen einsparen zu müssen. In der Vergangenheit sei über Bedarf ausgebildet worden. Seit dem 1. August 1998 gelten neue Ausbildungsinhalte. Ob diese Veränderungen bewirken, dass ausgebildetes Personal - z.B. Justizangestellte - in der freien Wirtschaft besser als bisher Verwendung finden, bleibe abzuwarten.

Der Minister ging sodann auf die Frage ein, ob die Kürzung der Mittel für Maßnahmen der Verwaltungsreform bedeute, dass solche nicht mehr benötigt würden. Die Kürzung sei keine Aussage darüber, in welcher Weise die Verwaltungsreform weiter geführt werde, dieser werde

jedenfalls fortgesetzt. Die letzte Frage des Oppositionssprechers nach dem Stand des Bauvorhabens Polizeipräsidium Köln beantwortete er dahingehend, dass die Planungen vor dem Abschluss stehen und mit einem Baubeginn im Sommer 1999 zu rechnen ist.

Anlässlich der abschließenden Beratung zu Epl. 03 am 26. November 1998 legten die Fraktionen ihre Änderungsanträge vor und verständigten sich darauf, hierüber in einer weiteren Sitzung abzustimmen. Der Sprecher der CDU stellte fest, seine Fraktion werde dem Entwurf des Einzelplans 03 schon deshalb nicht zustimmen, weil die Fassung der zweiten Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf der Zusage, die Zusammenlegung der Ressorts vor der zu erwartenden Gerichtsentscheidung zunächst nicht weiter zu betreiben, widerspreche.

B Ergebnis der Einzelberatung

Hinsichtlich der Begründung und des Abstimmungsergebnisses zu den von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträgen wird auf die in der *Anlage* enthaltenen schriftlichen Darstellungen verwiesen.

Die Fraktion der CDU legte wert darauf, vorab über den Antrag betreffend die Trennung der Ressorts Justiz und Inneres abzustimmen (s. Anl. - Sachhaushalt Antrag Nr.1). Nach Ablehnung dieses Antrages kündigte die Opposition an, anlässlich der zweiten Lesung einen Antrag mit dem gleichen Ziel - allerdings ohne Einbeziehung des Bereichs der Sozialgerichtsbarkeit - vorzulegen. Statt einer Formulierungshilfe empfahl das Ministerium der CDU-Fraktion, konsequenterweise die erste Ergänzungsvorlage abzulehnen, weil durch diese die haushaltstechnischen Anpassungen der Neuorganisation der Landesregierung vollzogen werden.

C Ergebnis

Der Entwurf des Einzelplans 03 wurde mit den beschlossenen Änderungen in der Sitzung am 01. Dezember 1998 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Klaus Stallmann
Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Ausschuß für Innere Verwaltung
zum Haushaltsgesetz 1999
- Personalhaushalt -

Anlage zu Vorlage 12/2457

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|-----------------------------|---|---|
| 1 | CDU | <p>Kapitel 03 110 Titel 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter</p> <p>Der Ansatz wird</p> <p>von 2.869.676.500 DM um 1.200.000 DM auf 2.870.876.500 DM erhöht.</p> <p>Die Landesregierung wird um Formulierungshilfe gebeten.</p> <p><u>Begründung:</u> Mit der Erhöhung des Ansatzes soll sichergestellt werden, daß die Beförderungsmöglichkeiten in der 1. Säule voll ausgeschöpft werden, gleichzeitig aber vermieden wird, daß dabei leistungsschädliche Ungleichbehandlungen von Beamten in der 2. Säule entstehen.</p> | <p>abgelehnt</p> <p>SPD GRÜNE CDU</p> <p>nein nein ja</p> |

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|---------------------------------|--|--|
| 2 | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter) (Teil 1, S. 130)</p> <p>Im Dispositiv wird bei Bes.Gr. A 11 folgender Haushaltsvermerk ausgebracht: "466 Beförderungsmöglichkeiten werden im Haushaltsjahr 1999 nicht in Anspruch genommen".</p> <p>Begründung: Die Relationen Bewerber/Beförderungsmöglichkeiten sollen für Polizeioberkommissiare/-innen mit II. Fachprüfung einerseits und ohne II. Fachprüfung andererseits angenähert werden. Zudem stellt die Regelung sicher, daß die Beförderungsmöglichkeiten über zwei Jahre verteilt für die leistungsstärkeren Bewerber auch im Haushaltsjahr 2000 zur Verfügung stehen.</p> | angenommen SPD ja GRÜNE ja CDU nein |

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|-----------------------------|---|---|
| 3 | CDU | <p>Kapitel 03 110 Titel 422 20</p> <p>Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)</p> <p>Der Ansatz wird</p> <p>vom 78.700.500 DM um 9.325.000 DM auf 88.025.500 DM erhöht.</p> <p>Die Zahl der beabsichtigten Einstellungen wird um 199 auf 1000 erhöht.</p> <p><u>Begründung:</u> Nach wie vor ist das Polizeidichteverhältnis in Nordrhein-Westfalen unzureichend. Zum Ausgleich ist Hand in Hand mit weiteren Aufgabenumstrukturierungen eine Aufstockung des Stellenplans erforderlich.</p> | <p>abgelehnt</p> <p>SPD GRÜNE CDU</p> <p>nein nein ja</p> |

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|-----------------------------|---|---|
| 4 | CDU | <p>Kapitel 03 110 - Ausgaben/Personalausgaben</p> <p>Einfügen einer neuen Ziffer 150 Stellen des Polizeidienstes ku für die Übertragung der Aufgaben an Angestellte.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Durch die gebotene Aufgabenverlagerung auf den Angestelltenbereich kann weiteres Potential für den Polizeidienst gewonnen werden. Diese Maßnahme gewährleistet mit der erhöhten Zahl der Neueinstellungen das Abfangen einer weiteren de facto Personalreduzierung durch die "übliche" Fluktuation.</p> | <p>abgelehnt</p> <p>SPD GRÜNE CDU</p> <p>nein nein ja</p> |

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Ausschuß für Innere Verwaltung
zum Haushaltsgesetz 1999
- Sachhaushalt -

Anlage zu Vorlage 12/2457

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|-----------------------------|--|---|
| 1 | CDU | <p>Zum Einzelplan 03</p> <p>Innerhalb des Einzelplans 03 sind die Geschäftsbereiche "Innere" und "Justiz" strikt zu trennen, insbesondere in den Kapiteln "Ministerium" und "Allgemeine Bewilligungen".</p> <p>Die Landesregierung wird insofern um Formulierungshilfe gebeten.</p> <p><u>Begründung:</u> Da die organisatorische Zusammenlegung des Innen- und Justizministeriums noch Gegenstand einer Organklage beim Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen ist und weitere Vollziehungsmaßnahmen zur Zusammenlegung bis zur endgültigen Entscheidung unterbleiben müssen, ist eine haushaltsmäßige Vernetzung unzulässig.</p> | <p>abgelehnt</p> <p>SPD GRÜNE CDU</p> <p>nein nein ja</p> |

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|------------------------------|---|---|
| 2 | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Kapitel 03 020 - Allgemeine Bewilligungen - Bereich Inneres (Teil 1, S. 80)</p> <p>Titel 535 20 - Für überörtliche Aufgaben der Kataster- und Vermessungsverwaltung sowie für die Aufmessung von Gebäuden in Ortslagen im Zuge der Flurbereinigung</p> <p>Senkung des Baransatzes von 5 800 000 DM um 100 000 DM auf 5 700 000 DM</p> <p>Begründung: Deckung der übrigen Anträge.</p> | <p>angenommen</p> <p>SPD ja GRÜNE ja CDU ja</p> |

Anlage zu Vorlage 12/2457

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|-----------------------------|---|---|
| 3 | CDU | <p>Kapitel 03 030 Titel 643 10 - Kostenpauschale nach § 4 FlÜAG</p> <p>Der Ansatz wird</p> <p>von 252.000.000 DM um 325.000.000 DM auf 577.000.000 DM</p> <p>erhöht.</p> <p><u>Begründung:</u> Die von der Landesregierung vorgeschlagene Befrachtung des GFG mit den Kostenpauschalen nach FlÜAG wird abgelehnt.</p> | <p>abgelehnt</p> <p>SPD GRÜNE CDU</p> <p>nein nein ja</p> |

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|------------------------------|---|---|
| 4 | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Kapitel 03 030 - Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 643 12 - Förderung des Vereins zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in Nordrhein-Westfalen e.V. (Trägerverein des Flüchtlingsrates NRW)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 350.000 DM um 150.000 DM auf 500.000 DM</p> <p>Deckung: Die Deckung erfolgt aus der globalen Minderausgabe.</p> <p>Begründung: Der geförderte Verein hat zu Beginn der Förderung durch das Land ein umfassendes Konzept seiner Arbeit vorgelegt, das Grundlage der bisher ergangenen Bewilligungsbescheide ist. Zur Umsetzung diese Konzeptes benötigt der Verein die beantragte Summe.</p> | <p>angenommen</p> <p>SPD ja GRÜNE ja CDU Enthaltung</p> |

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|------------------------------|---|---|
| 5 | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Kapitel 03 030 - Ministerium für Inneres und Justiz</p> <p>Titel 684 00 - Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen (Teil 1. S. 104)</p> <p>Heraufsetzung der Summe des Ansatzes</p> <p>von 525 000 DM um 3.825.000 DM auf 4.350.000 DM</p> <p>Deckung: Die Deckung erfolgt aus der globalen Minderausgabe</p> <p>Heraufsetzung der Summe der Verpflichtungsermächtigungen</p> <p>von 000 000 DM um 750 000 DM auf 750 000 DM</p> <p>Begründung: Die Tätigkeit der Landes- und Betreuungsstellen liegt im Landesinteresse. Mit den Haushaltsmitteln 1998 konnten landes-</p> | angenommen SPD GRÜNE CDU ja ja ja |

Anlage zu Vorlage 12/2457

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|-------------------------|--------------------------------|--|---------------------|
| | | <p>weit 79 Planstellen gefördert werden. Mit der Reduzierung der Mittel im Jahre 1999 wäre eine Flüchtlingsberatung in der bisherigen Form nicht mehr möglich. Zur Wahrung der Kontinuität der Arbeit der Organisation (und der Planstellen) ist es notwendig, entsprechende Fördermittel auch im Haushaltsjahr 1999 zur Verfügung zu stellen.</p> | |

Anlage zu Vorlage 12/2457

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|------------------------------|---|---|
| 6 | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Kapitel 03 110 - Polizei</p> <p>Titel 536 40 - Verkehrserziehung, kriminalpolizeiliche Beratung und Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt</p> <p>Die Erläuterungen werden um folgende Sätze ergänzt: "Für die Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt sind mindestens DM 100.000 vorgesehen. Diese Erläuterung ist verbindlich.</p> | <p>angenommen</p> <p>SPD ja GRÜNE ja CDU nein</p> |

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|------------------------------|---|---|
| 7 | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (Teil 1, S. 192)</p> <p>Titel 812 20 - Erwerb von Waffen und waffen-technischen Geräten, Einrichtung von Waffenmeistereien, technische Ausstattung der Schießstände, Anschaffung von Schießausbildungsgeräten</p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <p>von 6.200.000 DM um 200.000 DM auf 6.000.000 DM</p> <p>Begründung: Deckung der übrigen Anträge</p> | <p>angenommen</p> <p>SPD ja GRÜNE ja CDU nein</p> |

Anlage zu Vorlage 12/2457

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|---------------------------------|--|--|
| 8 | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (Teil 1, S. 194)</p> <p>Titel 812 30 - Erwerb von kriminaltechnischem Gerät</p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <p>von 3.500.000 DM um 200.000 DM auf 3.300.000 DM</p> <p>Begründung: Deckung der übrigen Anträge.</p> | angenommen SPD ja GRÜNE ja CDU nein |

Anlage zu Vorlage 12/2457

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|-----------------------------|---|---|
| 9 | CDU | <p>Kapitel 03 110 Titelgruppe 60 - Informations- und Kommunikationstechnik</p> <p>- Titel 515 50 - Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke</p> <p>Der Ansatz wird</p> <p>von 7.200.000 DM um 5.000.000 DM auf 12.200.000 DM erhöht.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Aufstockung des Titels um fünf Millionen DM soll zweckgerichtet die erforderliche Beschleunigung notwendiger Vernetzungen ermöglichen.</p> | <p>abgelehnt</p> <p>SPD GRÜNE CDU</p> <p>nein nein ja</p> |

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis | | | | | | | | | | | | |
|----------------------|------------------------------|--|---------------------|---------------|----|--------------|-----|---------------|-----|------------------|----|--------------|-----|------------------|---|
| 10 | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titelgruppe 60 - Erwerb von Geräten, Ausstattungsgenständen und Maschinen (Teil 1, S. 200)</p> <p>Titel 812 60</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>54.000.000 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.330.000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>56.330.000 DM</td> </tr> </table> <p>Deckung: Titel 422 10 Bezüge der Beamten (und Richter), Teil 1, S. 126)</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>von</td> <td>2.869.676.500 DM</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.330.000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2.867.346.500 DM</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Anhebung bei Titel 812 60 ist notwendig, um im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen das zentrale Informationssystem der Polizeien des Bundes und der Länder (Projektbezeichnung: INPOL-neu) zügiger und zeitnaher zu der bundesweit geplanten Inbetriebnahme Ende 1999/Anfang 2000 einzurichten. Die Mittel können</p> | von | 54.000.000 DM | um | 2.330.000 DM | auf | 56.330.000 DM | von | 2.869.676.500 DM | um | 2.330.000 DM | auf | 2.867.346.500 DM | <p>angenommen</p> <p>SPD ja GRÜNE ja CDU Enthaltung</p> |
| von | 54.000.000 DM | | | | | | | | | | | | | | |
| um | 2.330.000 DM | | | | | | | | | | | | | | |
| auf | 56.330.000 DM | | | | | | | | | | | | | | |
| von | 2.869.676.500 DM | | | | | | | | | | | | | | |
| um | 2.330.000 DM | | | | | | | | | | | | | | |
| auf | 2.867.346.500 DM | | | | | | | | | | | | | | |

Anlage zu Vorlage 12/2457

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|-------------------------|--------------------------------|--|---------------------|
| | | <p>durch Reduzierung bei Titel 422 10 zur Verfügung gestellt werden, da 466 Beförderungsmöglichkeiten im Haushalt nach Bes.Gr. A 11 im Haushaltsjahr 1999 nicht in Anspruch genommen werden.</p> | |

Anlage zu Vorlage 12/2457

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|------------------------------|---|--|
| 11 | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Kapitel 03 610 - Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW</p> <p>Titelgruppe 80</p> <p>Die Titelgruppe erhält folgenden qualifizierten Sperrvermerk: "Die Mittel der Titelgruppe dürfen nur nach Freigabe durch den Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags verausgabt werden."</p> <p>Die Titelgruppe erhält folgende Erläuterung: Die Mittel dürfen nur nach Vorlage eines Konzepts freigegeben werden.</p> | <p>angenommen</p> <p>SPD GRÜNE CDU</p> <p>ja ja Enthaltung</p> |

Anlage zu Vorlage 12/2457

| Lfd. Nr. des Antrags | Antragsteller (Fraktion/en) | Antrag (evtl. Begründung) | Abstimmungsergebnis |
|----------------------|---------------------------------|--|---|
| 12 | SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | <p>Kapitel 03 810 - Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen</p> <p>Titel 681 10 - Härtefonds zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.700.000 DM um 300.000 DM auf 4.000.000 DM</p> <p><u>Deckung:</u></p> <p>Die Deckung erfolgt aus der globalen Minderausgabe.</p> | <p>angenommen</p> <p>SPD ja GRÜNE ja CDU ja</p> |

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den
Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtags
Anlage zu Vorlagen 12/2487
12/2457
12/2458
12/2459
und 12/2460

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1999
Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Justiz

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Justiz
Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr/ weniger DM | neuer Ansatz DM |
|------------------|---|----------------------------------|------------------------|-----------------------|
| 03 020 | Allgemeine Bewilligungen | | | |
| 535 20 | Für überörtliche Aufgaben der Kataster- und Vermessungsverwaltung sowie für die <u>Aufmessung</u> von Gebäuden in Ortslagen im Zuge der Flurbereinigung Die Ausgaben sind übertragbar. | 5.800.000 | - 100.000 | 5.700.000 |
| TG 60 | Ausgaben für die Informationstechnik (Haushaltsvermerk unverändert) | | | |
| 812 60 | Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland Verpflichtungsermächtigung: 10.000.000 DM | 30.400.000 | - 1.000.000 | 29.400.000 |
| 03 030 | Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge | | | |
| 643 12 | Förderung des Vereins zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in Nordrhein-Westfalen e.V. (Trägerverein des Flüchtlingsrates NRW) | 350.000 | + 150.000 | 500.000 |
| 684 00 | Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen | 525.000 | + 3.825.000 | 4.350.000 |
| | <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: - DM es treten hinzu: 750.000 DM neu: 750.000 DM | | | |

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr/ weniger DM | neuer Ansatz DM |
|------------------|--|----------------------------------|------------------------|-----------------------|
| 03 110 | Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen | | | |
| 422 10 | Bezüge der Beamten | 2.869.676.500 | - 2.330.000 | 2.867.346.500 |
| 536 40 | Verkehrserziehung, kriminalpolizeiliche Beratung und Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt <u>neuer Haushaltsvermerk:</u> Satz 2 der Erläuterungen ist verbindlich. <u>Die Erläuterungen werden wie folgt ergänzt:</u> Für die Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt sind mindestens 100.000 DM vorgesehen. | 1.600.000 | - | 1.600.000 |
| 812 20 | Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten, Einrichtung von Waffenmeistereien, technische Ausstattung der Schießstände, Anschaffung von Schießausbildungsgerät | 6.200.000 | - 200.000 | 6.000.000 |
| 812 30 | Erwerb von kriminaltechnischem Gerät | 3.500.000 | - 200.000 | 3.300.000 |
| TG 60 | Informations- und Kommunikationstechnik | | | |
| 812 60 | Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen | 54.000.000 | + 2.330.000 | 56.330.000 |

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr/ weniger DM | neuer Ansatz DM |
|------------------|---|----------------------------------|------------------------|-----------------------|
| 03 210 | Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften | 188.741.000 | - 4.210.000 | 184.531.000 |
| 422 20 | Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge) | 500.000 | + 200.000 | 700.000 |
| 684 30 | Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern <u>Neuer Haushaltsvermerk:</u> Siehe Haushaltsvermerk Kapitel 03 410 Titel 684 10 | | | |

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr/ weniger DM | neuer Ansatz DM |
|-------------------|---|----------------------------------|------------------------|-----------------------|
| 03 410 | Justizvollzugseinrichtungen | | | |
| | Einnahmen (Haushaltsvermerk unverändert) | | | |
| | Verwaltungseinnahmen | | | |
| 131 10 (-neu-) | <u>Erlöse aus der Veräußerung von Dienstwohnungen aus dem Justizbereich</u> | 0 | + 6.300.000 | 6.300.000 |
| | Ausgaben Personalausgaben (Haushaltsvermerke unverändert) | | | |
| 422 10 | Bezüge der Beamten (und Richter) (Haushaltsvermerk unverändert) | 427.342.000 | + 1.100.000 | 428.442.000 |
| 422 20 | Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungs- dienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungsprakti- kanten und -lehrlinge) | 22.986.000 | + 1.688.000 | 24.674.000 |
| | <u>neuer Haushaltsvermerk:</u> Die Inanspruchnahme von 125 Einstellungsermächt- igungen bedarf der Einwilligung des Finanzministeriums. | | | |
| 425 10 | Bezüge der Angestellten (Haushaltsvermerke unverändert) | 76.820.000 | + 600.000 | 77.420.000 |

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr/ weniger DM | neuer Ansatz DM |
|------------------|---|----------------------------------|------------------------|-----------------------|
| 429 10 | Ausgaben aufgrund von Gestellungsverträgen (Haushaltsvermerke Nrn. 1 und 2 unverändert) <u>neuer Haushaltsvermerk:</u> 3. Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 547 10. | 4.112.000 | 0 | 4.112.000 |
| 518 10 | Sächliche Verwaltungsausgaben Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume | 3.666.000 | + 800.000 | 4.466.000 |
| 547 10 | Ausgaben für private Sicherheitsdienste <u>neuer Haushaltsvermerk:</u> Eingesparte Mittel fließen dem Titel 429 10 zu. | 7.500.000 | 0 | 7.500.000 |
| 684 10 | Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen) Zuwendungen an die Zentrale des Sozialdienstes ka- tholischer Männer e. V., an das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, an die Arbeiter- wohlfahrt Bezirk Niederrhein e. V. und an den Deut- schen Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein- Westfalen e. V. und sonstige <u>neuer Haushaltsvermerk:</u> Nicht verausgabte Mittel fließen Kapitel 03 210 Titel 684 30 zu. | 150.000 | 0 | 150.000 |

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr/ weniger DM | neuer Ansatz DM |
|-------------------|--|----------------------------------|------------------------|-----------------------|
| 729 00 (-neu-) | <p>Ausgaben für Investitionen (Haushaltsvermerke unverändert)</p> <p><u>Schaffung zusätzlicher Haftplätze im Justizvollzug im Rahmen des Konzepts zum Abbau der Überbelegung im Justizvollzug</u></p> <p><u>Verpflichtungsermächtigung: 69 200 000 DM</u></p> <p>Haushaltsvermerke: 1. <u>Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigung sind gesperrt.</u> 2. <u>Aus diesem Titel dürfen auch solche Baumaßnahmen finanziert werden, deren Gesamtkosten im Einzelfall den Betrag von 2 000 000 DM übersteigen.</u></p> | 0 | + 6.300.000 | 6.300.000 |
| TG 60 | <p>Versorgung und Betreuung der Gefangenen (einschl. Reisekosten der nebenamtlich oder im Vertragsverhältnis beschäftigten Personen) (Haushaltsvermerk unverändert)</p> | 13.400.000 | 0 | 13.400.000 |
| 427 60 | <p>Vergütungen an nicht hauptamtlich in der Gesundheitsfürsorge für Gefangene Tätige (bisherige Erläuterungen unverändert) <u>Ergänzung der Erläuterungen:</u> Aus diesen Mitteln dürfen nicht nur Sexualtherapien, sondern auch andere Therapiekosten bezahlt werden.</p> | 13.400.000 | 0 | 13.400.000 |

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr/ weniger DM | neuer Ansatz DM |
|------------------|---|----------------------------------|------------------------|-----------------------|
| TG 91 | Kosten des Vollzugs von Abschiebungshaft (Haushaltsvermerk unverändert) | | | |
| 547 91 | Sonstige Ausgaben für die Versorgung und Betreuung der Abschiebungsgefangenen | 12.650.000 | - 200.000 | 12.450.000 |
| 03 610 | Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen | | | |
| TG 80 | <u>Volks- und Wohnungszählung 2001</u> <u>Neuer Haushaltsvermerk:</u> Die Mittel der Titelgruppe dürfen nur nach Freigabe durch den Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags verausgabt werden. | | | |
| | <u>Die Titelgruppe erhält folgende Erläuterung:</u> Die Mittel dürfen nur nach Vorlage eines Konzepts freigegeben werden. | | | |
| 03 810 | Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen | | | |
| 681 10 | Härtefonds zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen | 3.700.000 | + 300.000 | 4.000.000 |

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr/ weniger DM | neuer Ansatz DM |
|------------------|---|--|--|--|
| | Abschluß Einzelplan 03: Einnahmen Ausgaben Verpflichtungsermächtigungen | 2.409.685.400 12.880.659.600 1.191.133.600 | + 6.300.000 + 9.053.000 + 69.950.000 | 2.415.985.400 12.889.712.600 1.261.083.600 |